

Interpellation Simon Glauser (SVP): Politische Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen

„Im Kinderparlament kannst du mitreden, mitbestimmen und mitmachen, wenn es um Ideen und Anliegen von Kindern geht. Das KiPa trifft sich dreimal pro Jahr, verwaltet sein eigenes Geld und überweist dem Gemeinderat Postulate. Wirklich spannend wird es in den Arbeitsgruppen.“ Soweit die Selbstdeklaration auf der Webseite des Stadtberner Kinderparlamentes.

Noch spannender wird es aber, wenn wir einmal betrachten, was das Jugendparlament sonst noch so alles für wichtige politische Arbeit leistet:

So verleiht das Kinderparlament alljährlich äusserst sinnvolle Preise, wie zum Beispiel den so genannten „Olé-Preis für besonders kinderfreundliches Verhalten“. Dieser Preis ging in diesem Jahr – welche Überraschung – an eine linke Politikerin, nämlich an Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Dies für ihre scheinbar so wertvollen Bemühungen für den Weltfrieden.

Als Gegenpol wird zusätzlich der so genannte „Plämu-Preis für besonders kinderunfreundliches Verhalten“ verliehen. Dieser ging – auch hier keine Überraschung – an die SVP Schweiz. Gemäss Schreiben des KiPa-Ratsbüros vom 28. April 2005 an Herrn Nationalrat und SVP-Präsident Ueli Maurer erhält die SVP diesen Preis, weil sie **rassistische** Plakate im Abstimmungskampf zur erleichterten Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern benutzt haben soll...! Weiter wird die Preisvergabe damit begründet, dass es gerade für Kinder schwierig sei, sich in einer neuen Heimat zu integrieren, wenn sie immer wieder z.B. mit solchen Plakaten **erniedrigt** werden. Starker Tobak, was hier der SVP vorgeworfen wird!

Diese Aktivitäten wecken Zweifel in Bezug auf den Nutzen und vor allem die Eigenständigkeit des Kinderparlamentes, und ich bitte den Gemeinderat daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass solche Preisverleihungen tatsächlich der Förderung des politischen Verständnisses von Kindern und Jugendlichen dienen?
2. Sind die Preise wirklich Anliegen von Kindern und Jugendlichen oder wird hier über das Kinder- und Jugendparlament wieder einmal die grossmehrheitlich links-grüne Einstellung der städtischen Verwaltung transportiert?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Auffassung, dass es nicht Sinn eines Jugendparlamentes ist, Kinder und Jugendliche für linke Hassbilder von der städtischen Verwaltung instrumentalisieren zu lassen?
4. Gedenkt der Gemeinderat, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um dafür zu sorgen, dass das Kinder- und Jugendparlament dem dient, wozu es geschaffen wurde, nämlich der spielerischen Lehrstätte für demokratische Prozesse und nicht der einseitigen Indoktrination durch gewisse Kreise?

Bern, 02. Juni 2005

Interpellation Simon Glauser (SVP), Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Peter Bühler, Beat Schori, Erich Ryter, Rudolf Friedli, Peter Bernasconi, Thomas Weil

Antwort des Gemeinderates

Am 24. April 2003 hat der Stadtrat in der Absicht, Kinder und Jugendliche aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen zu lassen, ihnen zu ermöglichen, die eigene Meinung einzubringen, zu aktuellen Themen Stellung zu beziehen und das Zusammenspiel in der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten sowie sozialer Verantwortung zu üben, das Reglement über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Mitwirkungsreglement; MWR) erlassen. Es ist seit 1. Oktober 2003 in Kraft. Kinder vom 8. bis zum 14. Geburtstag nehmen ihre Mitwirkungsrechte durch Einsitznahme im Kinderparlament wahr, Jugendliche ab dem 14. Geburtstag bis zum Erreichen der Volljährigkeit durch Einreichen von Jugendmotionen.

Das Kinderparlament ist autonom und organisiert seinen Betrieb selbst. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wird in Artikel 8 Absatz 6 des Mitwirkungsreglements definiert: „Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport unterstützt und begleitet das Kinderparlament. Sie ist im Ratsbüro vertreten.“ Der Gemeinderat hat Ausführungsbestimmungen erlassen. An diese hält sich das Kinderbüro konsequent, welches die Begleitung und Unterstützung des Kinderparlaments wahrnimmt. So sind die beiden erwähnten Preise – Olé und Plämu – zwar auch vom Kinderbüro mitentwickelt worden. Inhaltlich hat sich das Kinderbüro aber jeder Einflussnahme enthalten und wird das auch weiter so halten.

Zu Frage 1:

Ja. Es entspricht offensichtlich dem Willen der Kinder, sich zu gesamtschweizerischen oder gar internationalen Themen zu äussern. Da dies in den übrigen Gefässen des Kinderparlaments kaum Platz hat, werden die Preise gerne benutzt, um Positionen zu diesen Themen zu manifestieren. Die Nominierung der Preistragenden steht mit der tatsächlichen Betroffenheit von Kindern im Einklang. Der Gemeinderat erinnert etwa an die Verhältnisse in der Volksschule und die heterogen zusammengesetzten Klassen mit zum Teil sehr vielen Kindern aus der Migrationsbevölkerung, die zusammen mit den einheimischen die Schulgemeinschaft bilden, aber auch an die Auswirkungen des hohen Fernsehkonsums, der Kinder mit globalen Themen konfrontiert, ob die Erwachsenen dies wahrhaben wollen oder nicht. Während der Plämu-Preis verständlicherweise nur ungern entgegen genommen wird, haben sich die Olé-Preistragenden, die Bundesrätin wie auch der UNO-Generalsekretär, tatsächlich die Zeit genommen, die Preise persönlich in Empfang zu nehmen.

Zu Frage 2:

Ja, siehe Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat hat keinen Grund zur Annahme, das Kinderparlament werde instrumentalisiert.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat hat die Verordnung über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Mitwirkungsverordnung; MWV) erlassen und darin auch die Pflichten der Verwaltung festgelegt. Es gelten zudem die einschlägigen personalrechtlichen Bestimmungen. Es finden keine „einseitigen Indoktrinationen“ statt noch sind „gewisse Kreise“ im Sinne der Interpellation am Werk. Der Gemeinderat hat keinen Grund, Massnahmen zu ergreifen.

Bern, 21. September 2005

Der Gemeinderat